

MM

Freitag, 26. Oktober 2012 | Nr. 248

4 INITIATIVE KRITISIERT SCHELLE

Die Post geht ab

Die Kontrahenten trafen sich auf der Straße, auf dem Friedhof und im Sitzungssaal. Inzwischen sind die Fronten geklärt: Mehrheitlich hat der Gemeinderat das Bürgerbegehren zur neuen Aussegnungsstätte abgewiesen. Der Zank geht weiter: diesmal per Brief.

VON ELKE SUMMER

Oberhaching – Nach ihrer Niederlage rechnet die Initiative „Unser Oberhaching“ kräftig mit Bürgermeister Stefan Schelle (CSU) ab und kritisiert dessen Verhalten in der entscheidenden Ratssitzung. An die Adresse des Rathauschefs schreibt sie in Bezug auf die Sitzungsunterlagen: „Ihre geradezu verächtliche Kommentierung des Bürgerbegehrens wurde nicht zurechtgerückt, im Gegenteil wiederholt und bekräftigt.“

Wie berichtet hatte der Gemeinderat mit zwei Gegenstimmen das Bürgerbegehren aus inhaltlichen und formalrechtlichen Gründen abgelehnt. Knapp 950 Bürger hatten sich per Unterschrift für den Bau einer neuen Aussegnungshalle ausgesprochen.

Der Bürgermeister hat nach Ansicht der Aktivisten „öffentlich den Eindruck erweckt, dass die Initiatoren in der Materie nicht durchblicken“. Die Art, mit der Schelle „konstruktive Vorschläge

der Bürger abqualifiziert und vom Tisch wischt, empfinden wir als arrogant und diffamierend“, beschwert sich Unterzeichnerin Sylke Holland. Die Gruppe ist überzeugt, „dass bei der Sanierung gravierende Fehlleistungen der Planer im Raum stehen“. Trotz ablehnender Haltung der Politiker werde man sich „weiter entschlossen gegen die Politik der Einschüchterung zur Wehr setzen“.

Die Antwort aus dem Rathaus kam postwendend. Bürgermeister Schelle verweist auf das Sitzungspapier, das „ganz bewusst“ ohne seine Einflussnahme erarbeitet worden sei. Er zeigt sich „sehr betrübt, dass Sie daraus Arroganz, Diffamierung und verächtlichen Umgang, ja sogar Einschüchterung, ableiten“. Wenn dies der Eindruck der Initiative sei, wolle er sich dafür entschuldigen.

Er selbst erachte einen Bürgerentscheid „als wichtigen Baustein in der direkten Demokratie“. Gerade in Zeiten von Demokratiemüdigkeit, sei er froh, „wenn sich Bürger einmischen und einbringen“. Der sparsame Umgang mit Gemeindegeldern, mit Steuergeldern und das Verhindern von planerischen Fehlleistungen seien „auch die Ziele aller Damen und Herren im Gemeinderat“. In seinem Brief stellt Schelle klar, dass sowohl die Rechtsaufsicht als auch der Gemeindegeldtag bei dem Bürgerbegehren erkannt hätten, „dass die Regeln nicht eingehalten wurden“.